

Der Gewerkeverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Vierteljährlicher Abonnementpreis 0,75 Mk.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pfg. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine
(Ersch.-Büro).
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsanz. 25 Pf., Familienanz. 15 Pf.,
Vereinsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/22.
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 77.

Berlin, Sonnabend, 24. September 1910.

Zweihundvierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis:

Eine Mahnung an die Regierung. — Oesterreich
und die deutsche Arbeiterbewegung Oesterreichs. — Ver-
dienstwerte Worte. — Allgemeine Rundschau. —
Gewerkevereine. Teil. — Verbands-Teil. — Anzeigen.

Eine Mahnung an die Regierung.

Es ist nicht unsere Absicht, die Vorgänge auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Magdeburg heute zum Gegenstande einer eingehenden Besprechung zu machen. Soweit dort Fragen gewerkschaftlicher oder sozialpolitischer Natur zur Sprache gelangen, werden wir später darauf noch zurückkommen. Aber auch ohne diese Angelegenheiten bietet die Tagung manches Interessante. Abgesehen von der Beratung der Budgetfrage, die denn doch einen anderen Verlauf genommen hat, als man wohl allgemein annahm, möchten wir auch auf die Rede hinweisen, die Molkenbühr im Namen des Parteivorstandes in der Eröffnungssitzung gehalten hat. Sie war ein Triumphzug auf die Erfolge, die die Sozialdemokratie im letzten Jahre errungen hat, zeigte aber auch gleichzeitig, welchen Umständen diese Erfolge zu verdanken sind. Da wurde hingewiesen auf das elende preussische Wahlrecht, zu dessen Beseitigung eine gewaltige Bewegung eingeleitet wurde. Als ein anderes Moment, das aufreizend auf die Bevölkerung wirken muß, wurde die allgemeine Steuererhöhung erwähnt, die durch die vertehrte Wirtschaftspolitik herbeigeführt ist. Die Vorherrschaft des Junkertums hat nicht weniger zur Stärkung der „Umsatzpartei“ beigetragen, und endlich hat die Reichsfinanzreform ihr übriges getan, um die Zahl der Ueberläufer ins rote Lager zu vermehren.

Das Klang deutlich aus der Rede Molkenbührs hervor, und auch der Nichtsozialdemokrat wird ihm Recht geben müssen. Eine Regierung also, der daran gelegen ist, die rote Flut einzudämmen, könnte aus jener Rede lernen, wie sie das anfangen müßte. Es müßte versucht werden, die Ursachen der allgemeinen Unzufriedenheit und Verbitterung, die nicht nur die Kreise der Arbeiterchaft ergriffen hat, zu beseitigen. Eine gleichmäßige und gerechte Verteilung der Rechte und Pflichten aller Staatsbürger ist dafür die Vorbedingung.

Wir glauben nicht daran, daß die Rede Molkenbührs diese Wirkung haben wird, schon deshalb nicht, weil sie ein Sozialdemokrat gehalten hat. Aber auch Leute, die der Sozialdemokratie durchaus ablehnend gegenüberstehen, stimmen mit dem Redner überein in der Beurteilung der Ursachen für das Wachstum der sozialdemokratischen Partei. Auch das wird auf die maßgebenden Kreise leider keinen Eindruck machen. Sonst hätte schon längst etwas geschehen müssen, denn diese Ursachen datieren ja nicht von gestern und heute. Man unterschätzt aber offenbar noch den Grad der Verbitterung, die in der Bevölkerung Platz gegriffen hat und selbst in Kreise hineinreicht, die die Not noch nicht einmal so spüren wie z. B. das arbeitende Volk. Vor uns liegt eine Zuschrift, die der „Zeff. Bl.“ von einer süd deutschen Wirtsch. inenfabrik ausgegangen ist und die Stimmung in Fabrikantenkreisen deutlich widerspiegelt. Sie enthält aber auch sonst so viele bemerkenswerte Einzelheiten, daß wir sie als Zeichen der Zeit hier wiedergeben wollen.

Der die wirtschafts- und sozialpolitischen Kämpfe der letzten Jahre einermahnend verfaßt hat, gewirkt den Eindruck, daß eine mächtig auftretende, inwärtigen Entwicklung Deutschlands von der Regierung Gemeinnütze und Ersparnisse bereit werden, die auf eine bedauerliche Rückständigkeit unserer Beamtenschaft im Verständnis

der wirtschaftlichen Verhältnisse und der gerechten Einschätzung der deutschen Industrie schließen lassen. Neben einer einseitigen und übermäßigen Berücksichtigung der Landwirtschaft, besonders des Großgrundbesitzes, sehen wir eine ebenso einseitige und kurzfristige Begünstigung der sogenannten schweren Industrie der Rohstoffe und Halbfabrikate, welche durch Einfuhrzölle geschützt und in die Lage versetzt wird, der weiter verarbeitenden Industrie im Inland hohe Preise zu diktieren, während sie andererseits die Ueberflüsse ihrer Produktion zu Schleuderpreisen und unter Inanspruchnahme von Frachtovergünstigungen ins Ausland wirft, derart, daß England, Holland, Belgien und andere Industrieländer deutsches Eisen und deutsche Kohle zu billigeren Preisen beziehen können, als die deutsche Inland-Industrie, daß also der deutschen verarbeitenden Industrie mit den Rohprodukten ihrer eigenen Heimat im Ausland eine verderbliche Konkurrenz gemacht wird. Die verarbeitende Industrie Deutschlands hat sich dagegen über eine weitgehende Vernachlässigung durch die Regierung zu beklagen, denn nicht nur werden ihr unter Mithilfe der Regierung die Rohstoffe verteuert, sondern es werden ihr auch durch Abschluß ungünstiger Handelsverträge, durch mangelhafte oder unzureichende Verteidigung gegen die Hochschuttpolitik des Auslandes, durch allzu große Nachgiebigkeit gegen Uebergriffe der ausländischen Konkurrenz die Abzugsmöglichkeiten beschränkt und erschwert, und für die Durchführung der Sozial-Gesetzgebung immer größere Lasten auferlegt.

Welche Folgen hat nun diese Wirtschaftspolitik unserer Regierung? Zunächst wird durch die einseitige Begünstigung der landwirtschaftlichen Großbetriebe eine Verteuerung der allen inen Lebenshaltung herbeigeführt und der Landwirtschaft fließen erhebliche Gewinne zu, die beim Uebergang von landwirtschaftlichen Betrieben aus einer Hand in die andere kapitalisiert werden, was die neuen Besitzer der zu teuer erworbenen Güter veranlaßt, nach erhöhtem Zollsatz zu verlangen, so daß hier eine Schraube ohne Ende geschraubt ist. Durch die Begünstigung der schweren Industrie der Rohstoffe, Bergwerksprodukte und Halbfabrikate wird einer Verkleinerung der deutschen Bodenschätze ins Ausland der Weg gebahnt und gleichzeitig eine Menge ausländischer Arbeiter von niedrigerem Bildungsstand und geringem gewerblichem Wert ins Land gerufen, was eine Verschlechterung in volkswirtschaftlicher und kultureller Beziehung bedeutet. Durch die Verteuerung der Rohprodukte, deren die verarbeitende Industrie bedarf, durch die Verschlechterung der Abzugsmöglichkeiten für die verarbeitende Industrie wird unsere intelligente, geschickte, leistungsfähige und kulturell hochstehende deutsche Arbeiterbevölkerung benachteiligt, die Arbeits- und Erwerbsmöglichkeiten für diese Bevölkerung beschränkt, die Gebildung tüchtigen Nachwuchses der Industrie vermindert und teilweise unmöglich gemacht, und es findet somit eine systematische Zerstörung hoher kultureller Werte in unserem Volk und eine systematische Züchtung der niederen, rohen, unmissenden, zum großen Teil aus dem Ausland sich rekrutierenden Arbeiterklassen statt. Daß diese Tendenz auf die Dauer verhängnisvoll wirken muß, dürfte jedem Einsichtigen klar sein, und es wäre an der Zeit, daß unsere Regierungen sich auch darüber klar werden und sich der Pflicht bewußt werden, in erster Linie solche Industrien zu begünstigen, die aus dem Rohprodukt möglichst hochwertigste Fertigfabrikate herausarbeiten, die damit für eine intelligente, in Geschicklichkeit und Leistungsfähigkeit hochstehende Bevölkerung Arbeit und Lohn schaffen und diese Fabrikate, welche einen verhältnismäßig geringen Materialwert und einen um so höheren Arbeitswert aufweisen, ins Ausland exportieren. Das Wachsen solcher Exportindustrien würde einen wirtschaftlichen Fortschritt bedeuten, während es mit schweren Bedenken erfüllen muß, wenn die Exportindustrien der deutschen Bodenprodukte und Rohmaterialien sich steigern, weil darin nur eine Verschlechterung des National-Wohlfandes und eine unrichtige Wirtschaftspolitik zu erkennen ist. Die neue Zusammensetzung des wirtschaftlichen Ausflusses läßt aber leider nicht erkennen, daß auf Seiten der Regierung ein Einschwenken in diese wahrhaft patriotischen und im wohlverstandenen Interesse der Gesamttheit liegenden Bahnen beabsichtigt ist, und man wird sich nicht wundern dürfen, wenn die sozialistische Hochflut immer mächtiger anschwillt angeleitet der in den meisten Kreisen immer unheimlicher wachsenden Verbitterung über eine Beamtenhierarchie, welche die Fühlung mit der Gesamtheit des Volkes und das Verständnis und die

Aufopferungsfähigkeit für das gemeine Wohl in weitem Umfang verloren hat.

Der Verfasser dieser Zuschrift ist sicherlich kein Sozialdemokrat; er ist auch kein Arbeiter, ein Beweis dafür, wie allgemein die Unzufriedenheit im deutschen Volke ist. Wenn trotz solcher Kundgebungen die Reichsregierung in Untätigkeit verharret, wenn sie gegen alle Mahnungen sich taub stellt, dann braucht sie sich auch darüber nicht zu wundern, wenn ihr bei den nächsten Reichstagswahlen die Quittung auf rotem Papier präsentiert wird. Als nationale Arbeiterorganisation bedauern wir das. Deshalb erheben wir auch unsere warnende Stimme und fordern vor allem die politische und soziale Gleichberechtigung für alle Bürger und Umkehr auf dem abschüssigen Wege unserer Wirtschafts- und Steuerpolitik.

Österreich und die deutsche Arbeiterbewegung Oesterreichs.

Was weiß der heutige Durchschnittsdeutsche im Reiche von Oesterreich? Wir sind von den Verhältnissen Englands, sind über englische Industrie- und Handelsentwicklung gut unterrichtet. Was Leddy Roosevelt in der amerikanischen Union redet, wird uns schnelligst per Kabel berichtet, und eine unabsehbare Literatur ist entstanden durch reichsdeutsche Schriftsteller, die jenseits des „großen Reiches“ ihre Studien gemacht. Oesterreich dagegen ist uns fremd. Die meisten von uns wissen nicht mehr von diesem Staatengebilde als von Persien oder der Türkei.

Und doch waren wir, d. h. die Staaten und Völker des Deutschen Reiches, fast tausend Jahre lang politisch, staatsrechtlich, kulturell und wirtschaftlich aufs engste verbunden mit den Völkern des heutigen Oesterreich. Eines der ältesten deutschen Lieder, das Nibelungenlied, spielt ebenso in Worms am Rhein, wie an der Donau und im „Heunenlande“ in Ungarn. Walter von der Vogelweide wird dort unten vielleicht mehr geehrt als im Reiche. Oesterreichs Herrscher trugen Jahrhunderte lang die deutsche Kaiserkrone, die heute in der Schatzkammer der Wiener Hofburg nur ein Besichtigungsgegenstand für neugierige Amerikaner ist. Lange Jahrhunderte hindurch war das Deutschland die herrschende Nation Oesterreichs. Und bis vor vierzig Jahren gehörte es zu den Träumen der besten Geister jenseits und diesseits der Grenzen, an die Auferstehung eines neuen deutschen Kaisertums zu glauben, das, unter habsburgischer Führung, wieder ein einheitliches Reich von der Nord- und Ostsee bis an die Adria werden sollte. Und wer weiß, was geworden wäre, hätte es nicht bei uns einen Bismarck gegeben. Bis 1866 wurde bei allen wichtigeren Fragen der Politik sowohl nach Wien als nach Berlin gelauscht. Und gar in der Gegenwart ist Oesterreichs innerpolitische Gesetzgebung in vielen Punkten fast eine Abkürzung der reichsdeutschen. Der Mann, in dessen Kopf mit zu allererst, die deutsche Zwangsarbeiterverföderung entstand, war ein österreichischer Gelehrter und Minister Albert Schäffle, weshalb deutsche und österreichische Arbeiterverföderung weitestgehende Uebereinstimmung zeigen. Blickt auch der Reichsdeutsche selten über das Erzgebirge und die Sudeten hinweg nach Oesterreich, so schwebt um so öfter das Auge des Deutsch-Oesterreichers nach dem Norden, wo er nur Freude und Bönne zu sehen glaubt, während sein Rand ihm nur Trauriges zu bieten scheint.

Von allem Anbeginn an ist Oesterreich ein deutsches Land gewesen. Es war vor mehr als tausend Jahren ein deutscher Kaiser, der die „Ostmark“ bildete und einen Markgrafen damit be-

lebte. Und seit Rudolf von Habsburg „zu Aachen in seiner Kaiserkrone“ saß, haben die Herrscher der Ostmark Jahrhunderte lang die deutsche Kaiserkrone getragen. Bei den Eroberungszügen der Habsburger in das Königreich Böhmen, nach Ungarn, Italien usw. folgten den Heereszügen die Bestrebungen, jene Länder zu verdeutschern. Die Ernennung deutscher Beamten, die Erklärung der deutschen Sprache zur Staatssprache, waren wesentliche Mittel der Germanisierung. Man wollte aus dem Gemischel von Völkern und Staaten ein Reich machen: ein großes, zentral regiertes Oesterreich, einen Nationalstaat.

Vor längeren Jahrzehnten waren die meisten Völker Oesterreichs noch kulturell rückständig, ihr Erwachen zum Nationalbewußtsein lag noch erst in den Windeln und übte noch keinen politischen Einfluß aus. Das Deutschtum dagegen war kulturell und national auf der Höhe. Auf seinen Schultern war das glänzende römische Reich deutscher Nation erstanden. Man konnte hoffen, daß dieses Deutschtum die Unkultur der anderen Völker überwinden, daß diese in der deutschen Kultur aufgehen, die Völker deutsche Sprache annehmen, genug Deutsche im vollen Sinne des Wortes werden würden.

Deshalb konnte das Deutschtum Oesterreichs Jahrhunderte lang — wenn auch oft recht und schlecht — die ihm an Zahl weit überlegenen slawischen und magyarischen Völker beherrschen. Die Minderheit beherrschte die Mehrheit. Wo dies nicht eine Folge der höheren Kultur war, hatte es eine weitere Ursache in dem Umfange, daß Oesterreich als Vormacht auch des Deutschtums galt, das außerhalb Oesterreichs wohnte. Im Anfange des 19. Jahrhunderts wohnten mehr als 20 Millionen Deutsche außerhalb Oesterreichs Landesgrenzen. Sie alle blickten in politischen Fragen nach Wien. Die Deutschen waren also in Oesterreich das Herrenvolk und hatten einen Einfluß, der weit hinausging über die Zahl der deutschen Bevölkerung. Das blieb auch noch so, als es schon Parlamente gab. Aus vielen Gründen hielten sich lange Zeit hindurch die Tschechen und die Magyaren vom österreichischen Parlament fern, trieben Absentismus. Um so machtvoller war das Deutschtum, um so enger das Bündnis zwischen ihm und der Krone.

Wer die österreichische Politik von heute verstehen will, muß diese traditionelle Vorherrschaft der Deutschen kennen. Die Hoffnung, es möge die deutsche Kultur die anderen Völker assimilieren (aufsaugen), erwies sich als trügerisch. In der Zeit slawischer Herrschaft und Unfreiheit hätte diese Hoffen vielleicht doch seine allmähliche Erfüllung gefunden. Als aber die neuen Vöden der Freiheit und Gleichheit ihren Siegeszug durch die Welt antraten, als die Massen zunächst der Intelligenz mobil wurden, war es um die Germanisierung geschehen. Was die deutschen Geistesführer, die Fräulein und Jahn den Deutschen predigten: nationales Selbstbewußtsein gegenüber dem Internationalismus der früheren Deutschen, Volksbewußtsein gegenüber Fürstenherrschaft, das ging auch in die Köpfe der Tschechen, der Magyaren, der Italiener usw. hinein. Sie lernten in deutschen Schulen und Hochschulen, aber nicht um ihre Nationalität aufzugeben, nicht um im Deutschtum aufzugehen, sondern um mit den auf deutschen Schulen geschärften Geisteskräften nun die Kultur ihres eigenen Volkes wahrzunehmen. So entsteht in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts eine nationale Kultur der Tschechen, hebt sich die Kultur der Magyaren. Sie gewonnen in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts, als der Parlamentarismus auch in Oesterreich sich durchsetzte, allmählich parteibildende Kraft (Tschechen.)

Nun hatte die Sterbestunde der deutschen Vorherrschaft geschlagen. Fast um dieselbe Zeit wurde Oesterreich auf den Schlachtfeldern bei Königgrätz und vier Jahre später in Frankreich als deutsche Vormacht endgültig beseitigt. 40 Millionen Deutsche hörten auf nach Wien zu blicken! Kein Wunder, daß dadurch die Lage des Deutschtums in Oesterreich weiter verschlechtert wurde. In steigendem Maße wandten sich alle anderen Nationen Oesterreichs gegen die Deutschen, und da diese vorher politisch viel mehr bedeutet hatten, als ihrer Stärke entsprach, konnten sie ihre Stellung nicht behaupten. Sie wurden zurückgedrängt aus den Parlamenten, aus den Ämtern, Hochschulen und andere Schulen sproßten aus der Erde hervor. Böhmen, ein von Deutschen beherrschtes Land, wurde tschechisiert, und wer heute in das alte deutsche Prag kommt, glaubt in einer völlig fremden Stadt zu sein. Alles ist tschechisch. Der Keller ruft in fast ganz Böhmen den Eisenbahnzug entlang kein Kawa (Kaffee) und Bivo (Bier). Genug, hier und in allen anderen

Teilen Oesterreichs begann seit mehr als vierzig Jahren jener harte, zäh geführte Nationalitätenkampf, auf den weiter folgend noch einige Streiflichter zu werfen sein werden. Der Kern dieses Kampfes ist die Zurückdrängung des Deutschtums durch die anderen Nationalitäten und die dagegen ergriessene Abwehr.

Beherrigenswerte Worte.

Als ein Hauptmangel unseres Schulwesens wird es in Arbeiterkreisen empfunden, daß es selbst den befähigten Köpfen nicht möglich ist, sich in höhere soziale Schichten emporzuarbeiten, weil ihnen die Mittel fehlen, sich eine bessere Schulbildung anzueignen. Den Söhnen wohlhabender Leute, mögen sie auch sonst hinsichtlich des Fleißes als auch der Begabung unter dem Durchschnitt stehen, gelingt es meist doch, beispielsweise die Berechtigung zum einjährigen Dienst zu erlangen, weil der Vater es ruhig mit ansehen kann, wenn der Herr Sohn die Schulbank etwas länger drückt, als es eigentlich nötig wäre. Die Söhne der Arbeiter dagegen, selbst wenn sie eine noch so hohe Begabung aufweisen, sind von dem Aufstieg zu einem höheren Bildungsgrade so gut wie ausgeschlossen, weil die Väter die verhältnismäßig hohen Kosten nicht tragen können und weil auch die heranwachsenden Kinder möglichst früh mitverdienend müssen, um das meist geringe Einkommen der Familie erhöhen zu helfen. Die Erbitterung darüber ist mit Recht eine überaus starke und das Verlangen, auch den Kindern der minderbemittelten Volkskreise die Möglichkeit zu geben, sich eine bessere Schulbildung anzueignen, durchaus berechtigt. Deshalb haben auch die Deutschen Gewerksvereine eine solche Forderung in ihre sozialpolitischen Leitsätze aufgenommen. Eine starke Stütze erhalten diese Bestrebungen jetzt durch folgende Auslassungen der „Korrespondenz des Deutschen Lehrervereins“:

„In den weitaus meisten Fällen entscheidet das Einkommen des Vaters darüber, welche Schule ein Kind besuchen kann. Die höheren Lehranstalten sind nicht die Schulen der höher Begabten, sondern — die Schülerlisten weisen das aus — im großen und ganzen die Schulen für die Kinder der begüterten Kreise unseres Volkes. Ja, selbst in den Volksschulen, die doch nach ihrem Wesen und Zweck Schulen für alle, für das gesamte Volk sein sollten, über das Geld seinen unheilvollen Einfluß aus. Unsere Volksschulen haben sich fast überall da, wo es die größere Schülerzahl zuließ, in verschiedene Arten gespalten, die gegen ein verschiedenes hohes Schulgeld zugänglich, also ebenfalls in der Hauptsache nach der wirtschaftlichen Lage der Eltern abgestuft sind. Auch hier öffnet der größere Besitz den Weg zu einem größeren Maß von Ausbildung. Diese Herrschaft des bloßen Geldes im Bereiche der geistigen Kultur verdient die ernsteste Beachtung des gesamten Volkes. Viele Anaben, die wohl die erforderlichen Gelbmittel, nicht aber die vor allem nötigen Fähigkeiten haben, werden den gelehrten Berufen zugeführt; wertvolle Intelligenzen der unteren Stände gehen dem Dienste an einer ihren Fähigkeiten entsprechenden Stelle verloren und müssen schließlich unter dem Druck des Alltagslebens, das ihrer harzt, verkrümmern. So reich an Intelligenzen in den führenden Schichten ist aber kein Volk, auch das Volk der Denker und Dichter nicht, als daß es sich für die Dauer ein solches Brachfeld an guten Köpfen ohne Nachteil leisten könnte.“

Nur durch Ausschaltung des Mammonismus aus dem Bildungswesen kann das anders werden. Mit einem Schlage geht das freilich nicht; aber ein Anfang muß gemacht werden, und zwar von unten her. Die Volksschule muß einheitlich organisiert und zur allgemeinen Grundlage aller weiterführenden Bildungsanstalten gemacht werden, und es müssen reiche Mittel zur Verfügung gestellt werden, unbegabte, aber arme Kinder der Volksschule höheren Bildungszielen zuzuführen. Daran hat der Staat das allergrößte Interesse. Alle Kräfte, die auf diese Weise ausgelöst werden, kommen vor allem ihm zugute; und dem Staatskörper beständig neues Blut und frische Säfte zuzuführen, ist das wirksamste Mittel, ihn gesund zu erhalten. Der Kampf gegen die Verquickung von Bildung und Besitz ist in allererster Linie Sache des Staates. Er muß durch seine Schulgesetzgebung die einheitliche und für alle allgemeine Volksschule sichern, und er muß in seinem Etat die Mittel bereit stellen, um den wenig begabtesten Talenten aus der Masse des Volkes den Weg zur Höhe zu bahnen.“

Das sind goldene Worte, die um so höher in Anschlag zu bringen sind, als sie aus Lehrerkreisen kommen. Gewiß muß die allgemeine Volksschule die Grundlage aller Bildungsanstalten sein. Noch wichtiger aber erscheint uns die Forderung, daß befähigten Kindern der ärmeren Schichten die Mittel zur Verfügung gestellt werden, daß sie sich eine ihren Fähigkeiten entsprechende Stellung erobern können. Das liegt nicht nur im Interesse dieser Kinder, sondern vor allem in dem der Gesellschaft selbst, die sich durch die bisherige Ausschaltung tüchtiger Köpfe nur schadet, während sie

sich Kräfte heranbilden könnte, die unendlich viel Gutes zu schaffen imstande wären. Wir wünschen deshalb den obigen Ausführungen weitestgehende Beachtung, können uns allerdings dabei der bitteren Empfindung nicht enthalten, daß bei dem Geiste, der unsere Schulgesetzgebung schon seit langer Zeit durchweht, vorläufig wenig Aussicht auf Abhilfe vorhanden ist.

Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 23. September 1910.

Der gestrige Sitzung des Zentralrats wohnten zum ersten Male Vertreter des Württembergischen Eisenbahnerverbandes bei, und zwar die Kollegen Eisermann und Habliczek, die vom Vorsitzenden freundlich begrüßt wurden. Dem aus dem Zentralrat auscheidenden Kollegen Fritz Barthel wurde für seine langjährige, aufopfernde Tätigkeit Dank und Anerkennung ausgesprochen. Sodann referierte der Kollege Gleichauf über den gegenwärtigen Stand der Werftarbeiterbewegung, wobei er einen Rückblick auf den Gang der Dinge warf und die einzelnen Phasen der Bewegung scharf hervorhob. Die Ausführungen entzesselten eine lebhafteste Debatte, in der die bisher eingehaltene Taktik allgemeine Billigung erfuhr. Die weiteren Maßnahmen sollen der zur Beobachtung des Kampfes eigens eingesetzten Kommission, in der Vertreter aller beteiligten Gewerksvereine sitzen, vorbehalten bleiben.

Einen weiteren Gegenstand der Tagesordnung bildete eine Aussprache über die Jugendorganisation, zu welcher der Verbandsredakteur Kollege Lewin das einleitende Referat hielt. Er wies die Notwendigkeit unserer Betätigung auf dem Gebiete der Jugendorganisation nach und gab Fingerzeige, wie die Angelegenheit am zweckmäßigsten zu behandeln sei. Auch bei diesem Punkte entstand eine rege Diskussion. Gemäß dem vom Referenten gemachten Vorschlage wurde das Berliner Statut mit entsprechenden Änderungen als Grundlage für ein Normalstatut dem geschäftsführenden Ausschuss überwiesen. Ein bestimmter Kollege deselben soll mit der weiteren Bearbeitung der Frage der Jugendorganisation betraut werden.

Zum Schluß der Sitzung wurden noch die Frauervereine Gera und Wiesbaden ihrem Antrag gemäß in den Verband der Deutschen Gewerksvereine aufgenommen.

Die Kommission für die Reichsversicherungsordnung hat ihre Arbeiten wieder aufgenommen und ist in die Beratung der Unfallversicherung eingetreten. Die von verschiedenen Seiten unternommenen Versuche, den Kreis der Versicherenden auszudehnen, wurden fast sämtlich abgelehnt. Die Regierungsvorlage wurde angenommen mit der Aenderung, daß auch die Küstenschiffer der Versicherungspflicht unterstellt und der Speiditions-, Speicher-, Lagerei- und Kellereibetrieb auch dann versicherungspflichtig gemacht wird, wenn sie nicht gewerbsmäßig betrieben werden.

Die Anträge auf Abänderung des Begriffes „Fabrik“ fanden in der Kommission keine Gegenliebe. Die einzige Aenderung, die vorgenommen wurde, besteht darin, daß auch solche Betriebe, in denen Sprengstoffe oder leicht explodierende Gegenstände verarbeitet werden, als Fabriken im Sinne des Gesetzes gelten sollen. Leider waren auch die Bemühungen vergeblich, daß die Unfälle auf dem Wege von und zu der Fabrik als versicherungspflichtige Betriebsunfälle zu gelten haben. Die diesbezüglichen Anträge wurden abgelehnt. Ebenso wenig gelang es, eine Erweiterung der Versicherung nach der Richtung herbeizuführen, daß auch die Gewerbetrankeiten entschädigungspflichtig sind.

Zum Werftarbeiterkampf. In der „Metallarbeiter-Zeitung“ und in sozialdemokratischen Blättern wird jetzt eifrig die Frage erörtert, woran die Verhandlungen gescheitert sind. Zur Beantwortung derselben wird auch der Briefwechsel veröffentlicht, den Herr Schilde mit der Gruppe Deutscher Seefischwerften geführt hat. Auf Grund dieser Veröffentlichungen ist folgendes festzustellen:

Am 26. August teilte Herr Schilde den Unternehmern seine Bereitwilligkeit zu der auf den 7. September angelegten Besprechung mit und machte den Vorschlag, diese Aussprache nur mit Vertretern der beteiligten Arbeitgeber- und Arbeiterorganisationen stattfinden zu lassen. Darauf fand noch eine unverbindliche Besprechung zwischen Herrn Schilde und dem Sekretär der Unternehmer, Herrn Bicklow, statt, und am 31. August wurde Herr Schilde telephonisch der bekannte Beschluß der Unternehmerorganisation übermittelt, daß zu der Besprechung am 7. September je ein

*) Siehe hierzu und für viele andere Darlegungen das glänzend geschriebene Buch: Charvatz: Deutsches Oesterreichische Politik. Leipzig.

Vertreter der Girsch-Dunderschen, der christlich-sozialen Gewerkschaften und drei Vertreter der nationalen Arbeitervereine der Werften hinzugezogen werden sollen.

Darauf wurde den Unternehmern geantwortet, daß die acht gewerkschaftlichen Zentralverbände nach wie vor daran festhalten, daß die Aussprache nur zwischen den Werften und ihnen stattfinden könne. Das haben die Werften abgelehnt, da diese acht gewerkschaftlichen Zentralverbände nicht die gesamte Arbeiterschaft vertreten.

Damit waren diese Einigungsversuche gescheitert, und wenn man den Unternehmern auch mit Recht einen Vorwurf daraus machen kann, daß sie die Selben mit zu der Aussprache herangezogen wissen wollten, so trifft die Verbändler noch härter und berechtigter der Vorwurf, daß sie Gewerksvereine und Christliche ausschalten wollten, obgleich sie unter Hebung weitgehendster Solidarität den Kampf mitgemacht hatten. Diese Annahme, die in diesem Falle tatsächlich dem Verrat der Arbeiterinteressen gleichkommt, ist in der gesamten Presse gebührend gebrandmarkt worden und hat den Verbändlern nachträglich arge Gewissensbisse verursacht. Denn in einem späteren Briefe wendet sich Herr Schilde nur noch gegen die Zulassung der Selben; gegen unsere und der Christlichen Beziehung hatte er nichts mehr einzumenden. Das war ja sehr liebenswürdig von dem Herrn, hatte aber keinen Zweck mehr, denn dieser Brief des Herrn Schilde trägt das Datum vom 10. September, während die Aussprache bereits am 7. September stattgefunden sollte. Die Einsicht war dem Vorliegenden des Metallarbeiter-Verbandes also etwas zu spät gekommen, wie ihm auch von der Unternehmerorganisation durch Schreiben vom 14. September bestätigt wurde, in dem ihm mitgeteilt wurde, daß die Angelegenheit inzwischen von der Vertrauenskommission des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller übernommen sei.

Danach ist die Frage, woran die Verhandlungen gescheitert sind, sehr leicht zu beantworten, nämlich an der Annahme und dem Großmachtsdünkel der „freien“ Gewerkschaften. Das offensichtlich zu brandmarken, ist nicht nur unser gutes Recht, sondern unsere Pflicht. Damit haben nicht wir die Zwietschacht unter die Arbeiter getragen, sondern die Verbändler, die uns sowohl von den Vorberatungen ausgeschlossen haben, als auch uns von den weiteren Besprechungen fernhalten wollten. Gätten wir uns dagegen nicht gebeugt, würden wir bei allen anständigen Menschen an Achtung eingetauscht haben. Das Segreine in der „Metallarbeiter-Zeitung“ macht deshalb auch auf uns nicht den geringsten Eindruck. Der angebrohene Abrechnung können wir mit größter Seelenruhe entgegensehen.

Während diese Zeilen geschrieben werden, geht uns die Nachricht zu, daß der Gesamtverband der Metallindustriellen beschlossen hat, am 8. Oktober 60 Prozent aller Metallarbeiter im Deutschen Reich auszusperren, falls bis zu diesem Tage keine Einigung in der Werftarbeiterbewegung erzielt ist. Auch dafür würden allein die Verbändler die Verantwortung zu tragen haben. Die Deutschen Gewerksvereine aber werden ihren Mitgliedern schweigend zur Seite stehen.

Arbeiterbewegung. In Stuttgart und Umgebung sind die Elektromonteur in eine Lohnbewegung eingetreten. — Mit dem Abschluß eines den Arbeitern günstigen Tarifs wurde der Streik der Dachdecker in Würtheim a. Muhr beendet. Es wurden ihnen nicht unerhebliche Lohn erhöhungen sowie eine Verkürzung der Arbeitszeit vom 1. Januar 1912 ab zugesichert. — Die Buchbinder und ihre Hilfsarbeiterinnen in den Kunstanstalten zu Nürnberg und Fürth haben nach fünfwöchentlichem Kampfe die Arbeit wieder aufgenommen. Die geforderten Lohn erhöhungen konnten nur zum kleinen Teile durchgesetzt werden. — Der Streik auf der Wöllberger Mühle bei Halle a. S. ist zugunsten der Arbeiter beendet worden. — Die Buchbinder und Kartonage-Arbeiter in Hannover befinden sich in einer Tarifbewegung. Die von den Unternehmern gemachten Zugeständnisse werden von den Arbeitern als unzulänglich bezeichnet. Wenn nicht mehr Entgegenkommen gezeigt wird, so läßt Kündigung eingereicht werden. — In Dresden befinden sich die Schuhfabrikarbeiter in einer Lohnbewegung. Die bereits dazu geführt hat, daß in mehreren Fabriken von den Arbeitern gekündigt wurde. Eine größere Ausdehnung der Bewegung ist nicht unwahrscheinlich.

Die Streikbewegung in Bilbao (Spanien) kann als beigelegt gelten, nachdem auch die Vergarbeiter die Vermittlungsvorschläge angenommen und die Arbeit wieder aufgenommen haben.

Der Kampf zwischen den christlichen Gewerkschaften und den katholischen Fachabteilungen spielt sich in Formen ab, die oft alles Christliche vermissen lassen. Verschiedentlich sind denn auch Versuche gemacht worden, um diesem Bruderkampf ein Ende zu machen. Die Bemühungen aber sind bisher vergeblich gewesen, weil, wie das Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften Deutschlands behauptet, bei der Erörterung dieser Friedensbotschaften die christlichen Gewerkschaften stets der leidtragende Teil waren. Der neueste Friedensapostel ist der Zentrumsabgeordnete Erzberger, der in der „Münch. Allg. Rundschau“ auf diesen Kampf näher eingeht und zum Schluß bemerkt:

„Wenn daher im Frühjahr eine kleine Verständigungscommission zwischen Fachabteilungen und Gewerkschaften eingesetzt worden ist, so darf man hoffen, daß die Arbeit des Dreimännerkollegiums von Erfolg gekrönt sein wird, mindestens die ägende Schärfe in der Polemik der Vergangenheit abzumildern.“

Dazu bemerkt das christliche „Zentralblatt“ in seiner Nr. 18 vom 5. September d. J., daß man es im christlichen Gewerkschaftslager zwar begrüßen würde, wenn mit den katholischen Fachabteilungen ein Weg zur Verständigung gefunden werden könnte. „Von einer Verständigungscommission zwischen Fachabteilungen und christlichen Gewerkschaften“ und einem „Dreimännerkollegium“ ist den leitenden Instanzen der christlichen Gewerkschaften nichts bekannt. Allerdings sei in letzter Zeit verstärkt von einem Frieden geredet und geschrieben worden. Dies geschieht meist von Kreisen, die die Differenzpunkte zwischen christlichen Gewerkschaften und katholischen Fachabteilungen nur von der Oberfläche kennen gelernt haben. Und zum Schluß wird dann noch betont, daß alle Friedensbemühungen, die ohne Einvernehmen mit den leitenden Instanzen der christlichen Gewerkschaften gemacht werden, vergebliche Arbeit seien.

Das auf dem Boden der Zentrumsparthei stehende Stuttgarter „Deutsche Volksblatt“ bemerkt demgegenüber:

„Das Dreimännerkollegium setzt sich zusammen aus dem Vorliegenden der Zentrumsfraktion, Dr. Frhr. v. Hertling, und den beiden Zentrumsabgeordneten Dr. Sike und Dr. Fleischer. Man wird von den drei Herren nicht behaupten können, daß sie die in Rede stehenden Fragen nicht genug kennen. Freilich haben diese drei Herren nicht die Einigung zwischen beiden Richtungen herbeizuführen, sondern im Auftrage des Vorstandes der Zentrumsfraktion dahin zu wirken, daß „mindestens die ägende Schärfe in der Polemik“ unter den Zentrumsanhängern der Vergangenheit angehört.“

Es ist auffallend, daß trotz dieser bestimmten Angaben das „Zentralblatt“ von diesem Dreimännerkollegium und eingeleiteten Friedensverhandlungen nichts wissen will. Weniger auffallend erscheint es uns, daß die „drei Männer“ sämtlich Zentrumsabgeordnete sind, ein weiterer Beweis für den engen Zusammenhang zwischen Zentrum und christlichen Gewerkschaften.

Eine furchtbare Abrechnung hatte uns das „Zentralblatt“ der christlichen Gewerkschaften Deutschlands wegen unserer Artikel, die den Württembergischen Eisenbahnerverband und seinen Generalsekretär Roth betrafen, für die nächste Nummer angekündigt. Die dadurch verursachten schlaflosen Nächte haben wir glücklich überstanden, so daß wir den kommenden Dingen festen Mutes entgegensehen konnten. Aber ach, welche Enttäuschung mußten wir erleben! Der Artikel in der neuesten Nummer des „Zentralblatt“ „Girsch-Dundersche Gewerkschaftsstrategie“ bringt auch nicht eine einzige neue Tatsache. Lauter alten Kohl, den wir schon früher dajelbst oder im christlich-sozialen „Reich“ gelesen haben, und der auch durch das Aufwärmen nicht schmählicher geworden ist. Neu ist lediglich das Zugeständnis, daß der mehrfach erwähnte Brief des Herrn Stegerwald existiert und man bis zum Jahre 1908 den Württembergischen Eisenbahnerverband mit zu den christlichen Berufsorganisationen gezählt hat, die außerhalb des Gesamtverbandes standen. Das „Zentralblatt“ will denn auch seinen Angriff gar nicht gegen den Württembergischen Eisenbahnerverband gerichtet haben, sondern nur gegen seinen Generalsekretär Roth. Wie verträgt sich damit die Tatsache, daß der genannte Verband vom „Zentralblatt“ als ein „weiselhaftes Organisationsgebilde“ hingestellt wurde? Gerade diese Tatsache bildet ja den Ausgangspunkt des ganzen Streites. Die Widersprüche kennzeichnen zur Genüge das Verhalten der Christlichen und geben eine Erklärung für die Verlegenheit, in der sich das „Zentralblatt“ befindet, dessen neueste Leistung uns das Sprich-

wort ins Gedächtnis zurückgerufen hat: „Getreter Quarz wird breit, nicht hart“. Wir haben es denn auch gründlich satt, uns weiter auf die längst widerlegten christlichen Salbaderie einzulassen. Wägen sie weiter schimpfen, soviel sie wollen. Was sieht den Mond der bellende Mops an?

Lohnbrückerie verstößt gegen die guten Sitten, so hat vor kurzem das Gewerbegericht Solingen und das Landgericht Elberfeld als Berufungsinstanz entschieden. Eine Firma in Solingen hatte mit einem Schleifer einen Vertrag abgeschlossen, wonach dieser sich verpflichtete, für eine längere Zeit ausschließlich für sie zu arbeiten, und zwar zu einem Lohnsätze, der durchweg um 50 Prozent niedriger war als der zwischen den Schleifern und den großen Versandfirmen vereinbarte Tarif. Da der Arbeiter unter diesen Umständen nichts verdienen konnte, gab er seine Beschäftigung auf, wurde aber von der Firma auf Zahlung eines Schadenersatzes in Höhe von 700 Mark verklagt. Gewerbegericht und Landgericht jedoch erkannten auf Abweisung der Klage und Nichtigkeitserklärung des Vertrages, weil er gegen die guten Sitten verstöße. Es sei nicht angängig, daß die Firma den Beklagten für so lange Zeit binde, nur für sie zu arbeiten. Dem ungünstigen Verträge habe sich derselbe zweifellos nur unter dem Druck ungünstiger wirtschaftlicher Verhältnisse unterworfen.

Zur Praxis des Reichsvereinsgesetzes bringt die jüngste Nummer der „Deutsch. Juristenztg.“ eine interessante Entscheidung des preussischen Oberverwaltungsgerichts. In dem fraglichen Falle hatte die eingereichte schriftliche Satzung der Polizei nicht genügt, um den Vereinszweck erkennen zu lassen. Die Polizei hatte infolgedessen dem Vorstande des Vereins aufgegeben, die Satzung durch genauere Angaben des Vereinszwecks zu vervollständigen.

Das Oberverwaltungsgericht hat dieses Verlangen der Polizei als unberechtigt erklärt, da das Gesetz dem Vereinsvorstand keine Mittel gebe, die Mitglieder des Vereins zur Ergänzung der einmal beschlossenen Satzung zu zwingen. Es verpflichtet ihn lediglich, binnen einer bestimmten Frist nach Gründung des Vereins die Satzung und das Verzeichnis der Mitglieder des Vorstandes der für den Sitz des Vereins zuständigen Polizeibehörde einzureichen. Dem habe der Vorstand im vorliegenden Falle genügt.

Bis hierher wird sich jeder mit der Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts einverstanden erklären. Dagegen muß gegen die weiteren Ausführungen des Gerichts entschiedene Stellung genommen werden. Es wird nämlich in dem Urteile ausgeführt, daß es trotzdem der Polizei nicht an einer Handhabe fehle, über die Vereine das zu erfahren, was sie wissen müsse, um ihre Aufgabe erfüllen zu können. Es bestehe das allgemeine Recht der Polizei, dann von den Vereinen Auskunftserteilung zu verlangen, wenn dies zur sachgemäßen Ausübung der Polizeigewalt erforderlich sei.

Gegen diese Auffassung wendet sich in der „Deutsch. Juristenztg.“ energisch der Senatspräsident Dr. Schulzstein, indem er hervorhebt:

„Daß das Oberverwaltungsgericht in der Annahme eines allgemeinen Rechtes der Polizei auf Auskunft sehr weit geht. Ein solches allgemeine Recht sei nur als Ausfluß eines allgemeinen polizeilichen Oberaufsichtsrechts denkbar, dieses aber im modernen Staate nicht mehr anzuerkennen. Dann weist er darauf hin, daß es überhaupt nicht als unter den Rahmen der Obliegenheiten eines Vereinsvorstandes fallend angesehen sei, sich über die Vereinsstatuten zu äußern; man denke hierbei nur etwa an die Schwierigkeiten, die im Falle einer verschiedenen Auffassung mehrerer Mitglieder des Vorstandes eintreten könnten. Von dem Vereinsvorstand als solchem kann aber nicht etwas verlangt werden, was außerhalb seiner Obliegenheiten liege, ähnlich wie nicht von einer Behörde etwas, wofür ihr die Zuständigkeit fehle. Das aber muß vor allem geltend gemacht werden, daß die Anerkennung eines solchen Rechtes der Polizei direkt in das vom Reichsgesetz garantierte Vereins- und Versammlungsrecht eingreife. Das Reichsgesetz hat ganz genau festgelegt, welche Auskunft der Polizei gewährt werden muß. Daraus ist zu folgern, daß zu Zwecken der Vereins- und Versammlungspolizei die Behörde keine weitere Auskunft soll fordern dürfen. Sonst könnte ja die Polizei auch das Recht beanspruchen, vom Vorstande eine Liste der Vereinsmitglieder zu erhalten, wovon das Gesetz absichtlich nichts sagt.“

Gewerksvereins-Teil.

Frankfurt a. M. In einer sehr gut besuchten Versammlung sämtlicher Vorstandsmitglieder und Vertrauensmänner der hiesigen Erwerbsvereine wurde zunächst Stellung genommen zur Reichstagswahl. Nach einem Referat des Kollegen Conrad Löb gelangte eine Resolution zur Annahme, die sich mit der in der Berliner Versammlung angenommenen deckt. Die Frage: „Wie

